

Sitzungsperiode 2019
Sitzung des Ausschusses I vom 9. September 2019

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 1 von Herrn FRECHES (PFF) an Ministerpräsident PAASCH bezüglich der Auswirkungen des Facharbeitermangels auf dringende Sanierungsarbeiten an öffentlichen Gebäuden**

Kaputte Schulklassen, Wasserschäden, Schimmel – Ferienzeit ist bekanntlich Sanierungszeit in der Schulwelt.

Doch immer häufiger geraten geplante Schulsanierungen (bzw. Renovierungsarbeiten an öffentlichen Gebäuden im Allgemeinen) durch den akuten Fachkräftemangel, allen voran dem Handwerkerangel, ins Stocken. Eine Reportage des WDR2 vom 19. August 2019 untermauerte – im wahrsten Sinne des Wortes – diesen Aspekt und befasste sich u.A. mit der Problematik der Schulsanierungen im Westen Deutschlands.

Dieser hochinteressante Bericht zeigte auf, dass die Suche nach qualifizierten Handwerkern und ausreichendem Fachpersonal (insbesondere im Planungsbereich der Verwaltung) sich als immer schwieriger gestaltet. Kurz gefasst: die Handwerkskapazitäten würden immer gefährlicher an ihr Limit stoßen. Schuld an der brenzligen Lage seien ebenfalls der „große Formalismus“ und die Komplexität der Antragsverfahren, die die Betriebe davon abhalten würden, bei der öffentlichen Hand Angebote abzugeben.

Dass dringend nötige Sanierungsfälle nicht an der Bürokratie scheitern dürfen, dürfte uns allen klar sein.

Da der Westen Deutschlands nur einen Sprung vom Osten Belgiens entfernt ist und die gute Baukonjunktur sich direkt auf die Planung und die Umsetzung angedachter Sanierungsmaßnahmen auswirkt, möchte ich mit meiner heutigen Frage den diesbezüglichen Stand der Dinge in Ostbelgien in Erfahrung bringen.

In diesem Zusammenhang stellen sich mir die folgenden Fragen:

- *Wie wirkt sich der Handwerkerangel auf die Ausführung von Sanierungsmaßnahmen, dringender Reparatur – oder Unterhaltsarbeiten an öffentlichen Gebäuden bei uns in Ostbelgien aus?*
- *Wie ist die Resonanz der ostbelgischen Betriebe bezüglich öffentlicher Ausschreibungen im Bereich öffentlicher Infrastrukturprojekte?*
- *Liegen alle angedachten Sanierungsarbeiten an öffentlichen Gebäuden derzeit im Zeitplan?*

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen den von den Fragestellern hinterlegten Originalfassungen.

- **Frage Nr. 2 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Ministerpräsident PAASCH bezüglich der Belastung der Gemeindefinanzen durch die Beamtenpensionen der lokalen Behörden**

Anfang diesen Sommers stellte eine Studie der Belfius-Bank heraus, dass die Kosten der Beamtenpensionen für die Gemeinden, aber auch die ÖSHZ und die lokalen Polizeizonen bis Ende 2023 drastisch zunehmen werden. Wohlwissend dass Defizite der zwei letzteren Einrichtungen durch die Gemeinden getragen werden.

Allein der sogenannte Verantwortlichkeitsbeitrag zu den Pensionen wird für die Gemeinden von etwas mehr als 300 Mio Euro auf geschätzte 743 in 2023 steigen.

Darüber hinaus hat sich die Anzahl der Beitragzahlenden in den letzten zwanzig Jahren etwa halbiert, weil die Gemeinden vermehrt auf vertragliches Personal gesetzt haben. Und dies bei gleichzeitiger Zunahme der Empfänger dieser Beiträge.

Die von Belfius genannten Zahlen sind Gesamtsummen und Durchschnitte und zeigen nicht auf, wie eventuell die Lage sich für die neun deutschsprachigen Gemeinden darstellt.

Ich möchte Ihnen als für die lokalen Behörden zuständiger Minister daher heute folgende Fragen stellen:

- *Wie stellt sich die Lage in der DG für die lokalen Behörden dar, da es dort sicherlich Unterschiede gibt?*
- *Inwiefern, falls sich eine ähnlich dramatische Kostensteigerung auch in der DG ergibt, ist diese Belastung je nach Einrichtung tragbar?*
- *Inwieweit ist es absehbar, dass dieser Faktor künftig bei der Berechnung der Gemeindedotationen berücksichtigt wird?*